

Thema: Fachgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote für trans* und inter* Menschen aufbauen

Wie wollen Sie Angebotsstrukturen initiieren und dafür sorgen, dass auch die Pflege und der Gesundheitsbereich sensibilisiert und das Thema in Aus- und Fortbildungen aufgenommen wird?

CDU

Auch hier gilt: Die Sensibilisierung von diversen Identitäten und sexueller Vielfalt muss gestärkt werden. Um trans* und inter* Menschen zum Beispiel vor gesundheitlichen Risiken zu schützen, wollen wir die allgemeine Aufklärung ausbauen. Wir brauchen daher ein bedarfsgerechtes, landesweites Angebot. Über zielgerichtete Angebotsstrukturen in der Pflege und im Gesundheitsbereich sowie die Aufnahme des Themas in die Aus- und Fortbildung wollen wir intensiv beraten.

SPD

Die SPD hat sich im Landtag für die finanzielle Förderung einer Trans-Beratungsstelle im Haushaltsjahr 2022 eingesetzt und einen Haushaltsantrag gestellt. Dieser wurde von der Jamaika-Koalition abgelehnt. Wir werden uns wieder dafür einsetzen.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, das Transsexuellengesetz abzuschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz zu ersetzen. Dieses soll einerseits die Stärkung der Aufklärungs- und Beratungsangebote beinhalten und beachtet andererseits unter anderem auch den Gesundheitsbereich, welcher der Sensibilisierung gegenüber trans* und inter* Menschen bedarf. So sollen geschlechtsangleichender Behandlungen vollständig von der GKV übernommen werden. Im Gesetz sollen zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung Umgehungsmöglichkeiten beseitigt werden.

Darüber hinaus wollen wir ein LSBTI-inklusives Gesundheitssystem. Deshalb begrüßen wir die Gesundheitsberichterstattung zur gesundheitlichen Lage von lesbischen, schwulen, bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen des Bundes von 2020.

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir setzen uns für eine umfassende Aufklärung über die wesentlichen geschlechtsspezifischen und medizinischen Anforderungen an eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung ein. Ziel ist eine bedarfsorientierte und sensible Gesundheits- und Pflegeversorgung. Um im Gesundheitswesen Safe- Spaces für queere Menschen zu schaffen, möchten wir die jeweiligen Versorgungseinrichtungen und Anbieter*innen mit einem Gütesiegel für besondere Diversity-Kompetenzen zertifizieren. Wir unterstützen den Aufbau eines Kompetenz- und Versorgungsnetzwerks und weitergehende Maßnahmen zur Qualifizierung von Gesundheits- und Pflegepersonal. Auch möchten wir Beratungs- und Testangebote zur sexuellen Gesundheit ausweiten und insbesondere regionale niedrigschwellige Versorgungsangebote für trans*, inter* und nicht-binäre Menschen schaffen. Minderjährige sollen leichter entsprechende Stellen aufsuchen können. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Sonderzulassung von queer-kompetenten Psychotherapeut*innen ein, um der aktuellen Versorgungslücke zu begegnen.

FDP

Für uns muss die Gesundheitsversorgung immer diskriminierungsfrei sein. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine angemessene Versorgung. Wir setzen uns daher auch dafür ein, dass bei Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Gesundheitsberufen auf die besonderen Bedürfnisse von LSBTIQ eingegangen wird. Zudem wollen wir die Präventions- und Beratungsarbeit stärken, um in herausfordernden Situationen des Lebens bestmöglich unterstützen zu können.

SSW

Wir wollen die bestehenden Beratungsangebote für queere Menschen ausbauen.

Wir wollen im Bund darauf hinwirken, die geltenden Richtlinien für gesetzlich krankenversicherte Trans*Personen im Sinne einer bedürfnisorientierten Gesundheitsversorgung zu überarbeiten. Dazu gehört die Kostenübernahme geschlechtsangleichender Operationen, angemessene medikamentöse Versorgung und das Recht auf Beratung für transidente Menschen. Für eine bedürfnisorientierte Pflege- und Gesundheitsversorgung könnten wir uns gut vorstellen, Qualifizierungsprogramme für Gesundheits- und Pflegepersonal einzurichten. Außerdem wäre es sinnvoll, mit Ausbildungsstätten und Hochschulen in Gespräche einzusteigen, die Curricula entsprechend anzupassen.

Die Linke

Transgeschlechtlichen Menschen muss in allen Bereichen mit mehr Sensibilität begegnet werden. Auch wenn wir das erniedrigende Transsexuellengesetz auf Landesebene nicht beenden können, wollen wir auch unter diesen Bedingungen in der Schule, im Krankenhaus oder in Behörden auf die tatsächliche Identität der Menschen eingehen, egal welche Merkmale ihnen ihr Pass aufzwingt. DIE LINKE setzt sich für eine Einrichtung von Unisex-Toiletten zusätzlich zu den Frauen und Männer Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden ein. Wir wollen mehr Coming-Out-Hilfestellungen. Gerade in ländlichen Regionen fehlen entsprechende Anlaufstellen, die insbesondere Jugendlichen helfen, den Übergang vom inneren zum äußeren Coming-Out möglichst schnell und für ihre Persönlichkeit positiv zu vollziehen. Hierbei sind Mischkonzepte von Off- und Onlineangeboten zu nutzen. Hilfesuchende Menschen sollen informiert und ermuntert werden, ihre Rechte wahrzunehmen, um Gefahren zu erkennen und ihnen zu begegnen. Auch hier müssen ehrenamtliche Strukturen professionalisiert werden. Oft sind Initiativen mit Menschen konfrontiert, deren Problemlagen von Mehrfachbenachteiligungen geprägt sind. Hier brauchen wir fachlich hochqualifiziertes Personal. Grundsätzlich fordern wir in allen Städten und Kreisen die Einrichtung einer ausreichend geförderten Beratungsinstitution zu jeglichen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsfragen. Wir wollen die Rechte von trans* und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen stärken. Der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit ist ein Grund- und Menschenrecht. Alle medizinisch nicht notwendigen Eingriffe an den inneren oder äußeren Geschlechtsmerkmalen von Kindern verbieten wir. Dazu gehört die Anerkennung der von ihnen selbst benannten Geschlechtszugehörigkeit. Trans* Personen brauchen freien Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen (medikamentöse Therapien, Psychotherapie, falls gewünscht Operationen) und die Übernahme der dafür anfallenden Kosten durch die Krankenkassen – auch wenn sie keine Krankenversicherung haben und unabhängig von dem aktuellen Aufenthaltsstatus. Wir setzen uns für queere Gesundheitszentren mit Schwerpunkt trans* und inter* auch in Kleinstädten und ländlichen Gebieten ein.

Alternative für Deutschland (AfD)

Siehe Antwort zu Pkt. 4

[„Regenbogenkompetenz“ ist ein 2014 künstlich geschaffener Begriff und umschreibt die Fähigkeit, mit dem Thema der sexuellen Orientierung diskriminierungsfrei umzugehen. In den mit der Kinder- und Jugendarbeit beauftragten Berufsbildern ist diese Thematik nicht mehr neu, die Fähigkeit des professionellen und diskriminierungsfreien Umgangs ist nach unserer Auffassung in ausreichendem Maße vorhanden. Eine Ausweitung in der Aus- und Fortbildung von Fachkräften planen wir nicht.]